

ANTRAG

der Abgeordneten Schmidt, Hundsmüller, Mag. Samwald, Pfister, Razborcan, Mag.^a Renner, Rosenmaier, Mag.^a Scheele, Schindele, Mag.^a Suchan-Mayr, Weninger, Wiesinger und Windholz, MSc

betreffend: Frauen sind nicht nur systemrelevant, sie sind das System – endlich ein erweitertes Arbeitsmarktpaket für Frauen schaffen

I. Allgemeines:

Vor 110 Jahren wurde der Internationale Weltfrauentag ins Leben gerufen. Seither wird dieser besondere Tag im Sinne der Gleichberechtigung und Frauenrechte am 8. März auf der ganzen Welt begangen. Feierlichkeiten, Protest und Forderungen für mehr Gerechtigkeit prägen dieses Ereignis jedes Jahr aufs Neue. Der Internationale Weltfrauentag 2021 unterscheidet sich jedoch massiv von jenen der vergangenen Jahre, denn seit mehr als 12 Monaten beherrscht die Corona-Pandemie unser Zusammenleben auf dem gesamten Globus. Eine nie da gewesene Gesundheitskrise wirkt wie ein Brandbeschleuniger auf soziale und ökonomische Ungleichheiten.

Obwohl es vor allem die Frauen sind, die unsere Gesellschaft in der Krise am Laufen halten, sind sie auch besonders oft die Verliererinnen dieser Krise: Frauen leiden verstärkt physisch und psychisch unter den Folgen der Krise und sie werden vermehrt Opfer von Gewalt.

Auf den Schultern berufstätiger Frauen liegt seit Beginn dieser Pandemie das Management von Home-Office, Home-Schooling oder Distance-Learning und oftmals auch noch die Pflege von Angehörigen, für die die Pflegekraft ausgefallen ist, unter einen Hut zu bringen. Unsicherheiten am Arbeitsplatz, plötzliche Freistellungen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Einkommensverluste sowie diese andauernde Perspektivenlosigkeit bringen viele Frauen an ihre Grenzen. Trotz allem: Noch sind es vor allem Frauen, die diese Krise stemmen.

Die meisten Frauen erleben ihre berufliche Situation heute deutlich schlechter als zu Krisenbeginn befürchtet. Das belegt auch eine Umfrage zum Thema „Frauen und Arbeit“. Gemäß Umfrage hat sich im Zuge der Corona-Krise die berufliche Situation der Frauen in Niederösterreich um 43 Prozent sehr verschlechtert bzw. zu 39 Prozent etwas verschlechtert. Auch sehen 37 Prozent der (niederösterreichischen) Frauen die Situation gegenüber Männern viel schlechter bzw. 35 Prozent etwas schlechter.

32 Prozent der Befragten haben Angst um ihren Arbeitsplatz, in Gruppen mit höherer Bildung genauso wie mit niedriger, auch bei unter 30-Jährigen ist diese Angst massiv. Auch fühlen sich Frauen insgesamt von den öffentlichen Stellen und Institutionen in dieser Krisensituation zu 58 Prozent (2020: 27 Prozent) nicht gut bzw. gar nicht gut unterstützt.

Immer mehr Branchen mit hohem Frauenanteil wie Tourismus und Handel sind in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, viele Arbeitsplätze (auch) von Frauen sind massiv gefährdet. In anderen Bereichen gibt es jedoch einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften. Im Gesundheitsbereich werden österreichweit bis 2030 rund 76.000 zusätzliche Arbeitskräfte benötigt. Auch in technischen Berufen, im Handwerk, im Umweltschutz und in Branchen, die durch die Digitalisierung entstehen, entstehen neue Möglichkeiten.

Vollbeschäftigung ist möglich, derzeit fehlen in Niederösterreich rund 80.000 Jobs. Das bedeutet, dass wir heruntergerechnet (Äquivalent) für Frauen rund 35.000 Jobs in Niederösterreich brauchen.

II. Vier Problemfelder:

a. Die Corona-Krise trifft Frauen am Arbeitsmarkt besonders hart:

Im Februar 2021 sind – bundesweit – im Vergleich zum Vorjahr um 40,2 Prozent mehr Frauen arbeitslos. Bei Männern liegt dieser Anstieg bei 24,6 Prozent. Die Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen hat im Februar 2021 gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr um 91,3 Prozent (Männer + 77,0 Prozent) ebenfalls dramatisch zugenommen.

Laut vorliegenden aktuellen Daten gingen im Zeitraum Juli bis September 2020 lediglich 37 Prozent der Mittel für Kurzarbeit an Frauen, 63 Prozent an Männer. Niedrig qualifizierte Frauen sind mittlerweile stärker von Arbeitslosigkeit bedroht als Männer und ihre Arbeitslosigkeit verfestigt sich. Auch versteckte Arbeitslosigkeit (z.B., wenn kurzfristiger Einstieg in die Erwerbstätigkeit nicht möglich ist) steigt stärker als jene von Männern. 52,3 Prozent der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) sind Frauen, sie haben in der Krise kaum bis gar keine Unterstützung erhalten und erleben daher häufig besonders prekäre Lebensumstände.

b. Die gesundheitlichen Folgen der Krise für Frauen abseits von Corona-Erkrankungen steigen enorm:

Die psychische Gesundheit von Frauen ist besonders stark, sogar noch stärker von der Corona-Pandemie betroffen als die psychische Gesundheit von Männern. Das ist nicht nur ein subjektives Gefühl der Betroffenen, sondern zu diesem Ergebnis kommt auch ein Forschungsteam der Technischen Universität Chemnitz. Im Hinblick auf die psychische Gesundheit war das Vorhandensein von Vorschul- und Schulkindern im Haushalt in Kombination mit geschlossenen Schulen und Kindergärten verbunden mit einer Tätigkeit im Home-Office ein wesentlicher Faktor. In diesem Fall stellten die Forschenden einen besonders starken Anstieg der Erschöpfung bei Frauen fest. Hinzu kommt, dass die Pandemie dazu beitragen kann, traditionelle Geschlechterrollen zu verstärken.

c. In der Corona-Krise werden auch immer mehr Frauen Opfer von Gewalt:

Jede 5. Frau in Österreich erfährt mindestens einmal in ihrem Leben physische, psychische oder sexuelle Gewalt. In der Corona-Krise führen Existenzsorgen und Überlastung zu einer weiteren Zunahme häuslicher Gewalt. Lt. Medienberichten wurden im Jahr 2020 durch die Polizei 11.652 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen und rund 9.700 Gefährder weggewiesen. Im Jahr 2021 wurden bereits 4 Frauen getötet. Bei den Anrufen der Frauenhelpline gab es eine Zunahme von 40 Prozent im Vergleich zum vergangenen Jahr.

d. Alleinerzieherinnen sind besonders von der Corona-Krise betroffen:

Fehlende Planungssicherheit und ökonomische Engpässe führen viele Frauen in dieser schwer zu bewältigenden Lebenssituation ans Limit. In Österreich gibt es laut Statistik Austria 206.500 Alleinerzieherinnen (2019), davon leben 127.000 mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt. Eine Analyse von WU und AK zu den Auswirkungen der Corona-Krise hat gezeigt, dass Alleinerzieherinnen im Durchschnitt mit 15 Stunden Arbeit pro Tag die derzeit am stärksten Belasteten sind. Sie arbeiten mit rund neun Stunden Haus- und Kinderbetreuungsarbeit und zusätzlich sechs Stunden Erwerbsarbeit am meisten von allen. Obwohl Alleinerzieherinnen besonders häufig in Vollzeit arbeiten, sind sie laut Statistik Austria mit 47 Prozent (2019) überproportional stark von Armut und Ausgrenzung betroffen. Das bedeutet, dass die hohen Lebenshaltungskosten mit Kindern mit einem Einkommen oft nicht machbar sind.

III. Lösungen:

Frauen haben ein Recht auf Arbeit, Sicherheit und Perspektiven für ein besseres Leben. Dringend gefordert ist daher Aktivität der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem EU-Aufbau- und Resilienzplan. Bis Ende April muss die Österreichische Bundesregierung der EU-Kommission bekannt geben, wie die zu erwartenden Mittel aus dem „Aufbau- und Resilienzfazilität“ (RRF) nach der Covid-19-Krise verwendet werden sollen. Über 3,3 Mrd. Euro an EU-Hilfsgeldern stehen Österreich hierfür zur Verfügung. Eine historische Chance, die keinesfalls vergeben werden darf! Diese Gelder müssen umgehend abgerufen und auch für frauenpolitische Projekte eingesetzt werden, etwa in den Bereichen Frauengesundheit, Gewaltschutz, Kinderbetreuung, Pflege oder als Soforthilfen für Alleinerziehende. Gleichstellung ist schließlich auch ein zentrales Ziel der Europäischen Union und mehr als die Hälfte der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sind weiblich.

Ein erweitertes, über den Kernbereich des Begriffs „Arbeitsmarkt“ hinausgehendes Arbeitsmarktpaket für Frauen ist daher unbedingt erforderlich. Dieses sollte insbesondere folgende Punkte umfassen:

- gezielte Arbeitsmarktförderung für Frauen

- mindestens die Hälfte der Mittel aus der „Corona Arbeitsmarktstiftung“ für Frauen
- Qualifizierungsturbo durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
- mindestens 50 Prozent AMS-Mittel für Frauen und Frauenförderungsmaßnahmen
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des Letztbezuges
- KV-Mindestlohn von 1.700 Euro
- Maßnahmen zur Verbesserung der aktuellen Situation von Ein-Personen-Unternehmen
- wirksame Sanktionen gegen das Prinzip „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“
- Soforthilfepaket für Alleinerziehende
- Erleichterungen beim Zugang zum Familienhärtefonds
- Umsetzung der Unterhaltsgarantie
- bessere finanzielle Ausstattung von Frauenberatungsstellen, sowie Verknüpfung dieser mit AMS-Landes-/Regionalstellen
- Weiterentwicklung und Umsetzung des Aktionsplans Frauengesundheit, die Erweiterung von Vorsorgeuntersuchungen und der Fokus auf frauenspezifische Behandlungsmethoden
- mehr Psychotherapieplätze speziell für Frauen und Mädchen
- Gewaltschutz-Sofortpaket in der Höhe von 5 Mio. Euro sowie Zusage für einen kontinuierlichen Ausbau der finanziellen Ressourcen für Prävention und Gewaltschutz
- Fortführung des Nationalen Aktionsplans gegen Gewalt
- Stärkung der Prozessbegleitung
- Ausbau von Antigewalttrainings und bundesweite regelmäßige Hochrisikofallkonferenzen

Frauen sind derzeit ganz besonders die Verliererinnen der Corona-Krise! Das muss sofort behoben werden!

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert,

1. im Kompetenzbereich des Bundes an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern,
 - a. umgehend Vorschläge für gezielte Frauen-Arbeitsmarktförderungen sowie ein Konjunkturpaket für Frauen auszuarbeiten und dem Nationalrat zuzuleiten

- b. bei der Erstellung des Nationalen Aufbau- und Resilienzplans die Vorgabe der durchgängigen Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter und Chancengleichheit für Alle jedenfalls zu gewährleisten und eine EU-weite Vorreiterrolle bei der wirtschaftlichen Stärkung der Frauen sicherzustellen. Die abzurufenden Gelder sollen umgehend auch in den Bereichen der Frauengesundheit, verstärkten Gewaltschutz (um den durch die Krise angestiegenen Zahlen häuslicher Gewalt entgegenzuwirken), Kinderbetreuung, Pflege, Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden, Arbeitsmarktförderung von Frauen, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen etc. eingesetzt werden.
2. sämtliche im eigenen Kompetenzbereich liegenden Maßnahmen zur Umsetzung des in der Begründung angeführten Arbeitsmarktpaketes für Frauen zu setzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.